

SOWI-ARBEITSPAPIER NR. 42

Heinz-Ulrich Kohr

WEHRDIENST ALS TEIL EINES  
ALLGEMEINEN GESELLSCHAFTS-  
DIENSTES?

Überlegungen und Ergebnisse einer  
Pilot-Studie zur gesellschaftlichen En-  
gagementbereitschaft von 18 -28jäh-  
rigen Männern und Frauen

München, Oktober 1990

## 1 Fragestellung

Mein Beitrag befaßt sich mit gesellschaftlicher Engagementbereitschaft von Jugendlichen, konkretisiert in der hypothetischen Frage nach der Akzeptanz eines obligatorischen Gesellschaftsdienstes, der neben anderen Wahlmöglichkeiten auch die des Wehrdienstes/der Verteidigung enthält.

Ich stelle dazu vor allem einige Überlegungsansätze und erste empirische Ergebnisse vor. Diese verstehe ich primär als Anregungen zum gesellschaftlichen Diskurs über Sicherheit allgemein und insbesondere über die Rolle militärischer Verteidigung in diesem Kontext; dieser Diskurs wäre, unter Bezug auf die historisch neue Situation der Entspannung zwischen Ost und West und die dadurch möglich gewordene Vereinigung der beiden deutschen Staaten, möglichst rasch zu beginnen.

Kern des empirischen Teils meines Beitrags ist die Darstellung von Ergebnissen einer **Voruntersuchung** des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SO-WI) zur Frage der generellen Akzeptanz eines Gesellschaftsdienstes durch Jugendliche/junge Erwachsene in der Bundesrepublik (Befragung von N=337 18 - 28jährigen im Frühjahr 1990; die Stichprobe kann im Sinne einer Vorstudie als hinreichend repräsentativ für diese Altersgruppe gelten)<sup>1)</sup>. Ferner wird darüber berichtet, wie sich die so gefaßte gesellschaftliche Engagementbereitschaft in Abhängigkeit von politisch-paradigmatischen Präferenzen der Jugendlichen unterscheidet, d.h. es werden Ergebnisse zur Frage des Zusammenhangs von gesellschaftlichen Wertprioritäten und Engagementbereitschaft von Jugendlichen (jungen Frauen und jungen Männern) vorgestellt.

Es muß vorab betont werden, daß die Ergebnisse als **vorläufig** zu betrachten sind, denn Jugendliche auf dem Gebiet der DDR konnten in diese Befragung, die im Februar/März 1990 stattfand, noch nicht einbezogen werden. In der Hauptuntersuchung, deren erster Schritt für den Herbst 1990 geplant ist, soll die Frage „Wehrdienst als Option eines allgemeinen Gesellschaftsdienstes“ in einer gesamtdeutschen Befragung mit umfangreicheren Stichproben und erweitertem Befragungsinstrumentarium erneut aufgegriffen werden.

Vor dem Hintergrund der Verringerung der Streitkräfte im Zuge der Entspannung und Abrüstung ist das Thema „Wehrdienst als optionaler Gesellschaftsdienst“, welches auch die Frage nach der gesellschaftlichen Legitimation der Dienstverpflichtung von Jugendlichen ohne angemessene, marktgerechte Bezahlung des Dienstes aufwirft, besonders aktuell. Es wird in Zukunft gesellschaftlich zu diskutieren und zu regeln sein, ob eine Dienstverpflichtung - sei es für den Wehrdienst oder für einen anderen Dienst - mehrheitlich als legitim begriffen wird, ob eine solche Verpflichtung für alle Jugendlichen gelten soll und was die Gesellschaft für diese Dienste quasi im Gegenzug zu leisten bereit wäre.

Implizit stellen sich damit auch Fragen danach:

- was in der künftigen gesamtdeutschen Gesellschaft unter Sicherheit verstanden wird,
- wie sich die Vorstellungen von Sicherheit und deren Bedrohung gewandelt haben,

- welche Arten von Sicherung mehrheitlich als relevant begriffen werden,
- gegen welche Risiken die Gesellschaft sich mit welchen Prioritäten absichern will
- und wieviel die Gesellschaft dafür an personellen und materiellen Ressourcen einzusetzen bereit ist.

Daß es sich dabei um ein sehr komplexes Problemgeflecht handelt, ist offensichtlich. Auf die vielschichtigen Probleme haben jüngst Ekkehard Lippert (1990) und Hans-Georg Räder (1990) hingewiesen. In diesem Kontext begreife ich die vorliegende Arbeit zur Frage „Wehrdienst als Teil eines Gesellschaftsdienstes“ -auch als einen Anstoß zum notwendigen Diskurs (vgl. Sarcinelli 1.989) Über Begründungen und Wege gesellschaftlicher Zukunftssicherung.

## **2 Wehrdienst als Gesellschaftsdienst?**

In der Folge des Abbaus der militärischen und ideologischen Bedrohung durch die Sowjetunion und der faktischen Auflösung des Warschauer Paktes als Gegner (vgl. Kern 1989), wurde und wird heute in Europa über die Neubestimmung der Sicherheitspolitik und Militärstrategie, über die „Europäisierung“ der Verteidigung und über die künftigen Aufgaben des Militärs nachgedacht.

Die November-Revolution in der DDR, der Wiedervereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten, die faktische Auflösung der NVA haben dazu beigetragen, daß die Diskussion um die Sinnggebung für die Streitkräfte in Deutschland intensiv und kontrovers geführt wurde, und es ist damit zu rechnen, daß diese Diskussion vor dem Hintergrund des KSZE-Prozesses auch weiterhin geführt werden wird.

Es ist wahrscheinlich, daß am Ende dieses Prozesses eine Neubestimmung des Umfangs und der Aufgaben der deutschen Streitkräfte stehen wird, die insbesondere auch der Dynamik des europäischen Einigungsprozesses und den Ergebnissen der KSZE-Verhandlungen gerecht werden muß.

Wenn es richtig ist, die künftige europäische Gesellschaft den Krieg in Mitteleuropa wie auch den militärischen Ost-West-Konflikt überwunden haben wird, dann kann Verteidigung künftig nicht mehr national, z.B. als Mittel zur Sicherung nationaler Souveränität, begründet werden. Und wenn die "klassische" militärische Existenzbedrohung von der Mehrheit der Bürger nicht mehr, erlebt wird, dann läßt sich auch die Wehrpflicht nicht mehr demokratisch-mehrheitlich mit dem Verweis auf die militärische Bedrohung legitimieren.

In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, daß die Gesellschaft bereits heute - und -in der Zukunft mit der Veränderung der Altersstruktur zu Ungunsten der jüngeren, im Arbeitsprozeß stehenden Generationen noch erheblich stärker als bisher - auf die Unterstützungen der sozialen Dienste angewiesen ist, die sich indirekt aus der Wehrpflicht ergeben, nämlich durch die Kriegsdienstverweigerung und den damit anfallenden zivilen Ersatzdienst (vgl. dazu Moskos 1988; Kuhlmann 1989,1990).

Erhebliche Teile der Bevölkerung sehen heute, in einer merkwürdigen, aber das Legitimationsproblem mit Schärfe und Deutlichkeit bezeichnenden Umdeutung des Sinns des Wehrdienstes, dessen positiven Effekt im Zivildienst - also letztlich in den Konsequenzen der Verweigerung jenes Dienstes, der bei seiner gesetzlichen Festschreibung gesellschaftlich weitgehend konsensuell als notwendig und sinnvoll betrachtet wurde.

Wenn unsere Gesellschaft unter diesen Bedingungen an der klassischen Wehrpflicht festhält, wird dies zu Konflikten und zur Entfremdung zwischen Militär und Gesellschaft führen.

Das bereits bestehende Problem verschärft sich noch dadurch, daß die Wehrpflicht durch die Einschränkung auf junge Männer eine Ungleichheit zwischen beiden Geschlechtern schafft, die als ungerecht erlebt wird. Und die Sinnkrise der traditionellen Verteidigung mit militärischen Mitteln verstärkt noch das Bewußtsein der ungerechten, benachteiligenden Behandlung.

Blieben diese Frustrationen bestehen, so ergäbe sich längerfristig ein Vertrauensverlust in die Demokratie und eine Abnahme der Identifikation mit der Gesellschaft; das Spektrum der für den Fortbestand der Gesellschaft möglichen problematischen Reaktionen reicht von den eher unauffälligen Formen des Egoismus, des rein instrumentellen Denkens, des Desinteresses, der Apathie und Entfremdung, des fehlenden sozialen und politischen Engagements bis hin zur politischen Radikalität und der Befürwortung von Gewalt.

Die Auflösung der skizzierten Probleme ist im Interesse der Integration von Militär und Gesellschaft erforderlich. Sie setzt voraus, daß die Gesellschaft, unter Berücksichtigung der veränderten Rahmenbedingungen für militärische Verteidigung und Militär als gesellschaftliche Institution, den Sinn und die Funktionen des Militärs im Diskurs neu bestimmt und zukunftsfähig gestaltet.

Wenn man davon ausgeht, daß zumindest die mitteleuropäischen Gesellschaften auch in Zukunft den Ausbau der demokratischen Beteiligungsrechte und -möglichkeiten für notwendig erachten und ferner die Annahme macht, daß ein Krieg in Mitteleuropa eine künftig nahezu ausschließbare (weil für alle endgültige) Katastrophe ist, dann wird die Vorstellung von Sicherheit künftig noch weniger als bereits derzeit militärisch bestimmt sein. Globale Sicherheits- und Existenzbedrohungen „neuer“ Art wie Umweltzerstörung und Klimaveränderung werden dominieren. Wird der Erhalt und Ausbau von Sicherheit im erweiterten Sinn auch künftig als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen, so muß die Gesellschaft die dafür erforderlichen gesetzlichen Grundlagen schaffen und die Ressourcen bereitstellen bzw. umwidmen, die zur Bewältigung dieser Aufgaben benötigt werden.

Ein denkbarer Lösungsansatz, der dem erweiterten Sicherheitsverständnis moderner Industriegesellschaften eher entspricht, könnte darin bestehen, daß ein freiwilliger, mit positiven Anreizen versehener Gesellschaftsdienst mit vielfältigen Dienstoptionen eingeführt wird, der den Gleichheitsgrundsatz berücksichtigt, d.h. der nicht nur für junge Männer, sondern auch für junge Frauen vorgesehen ist. Im breit angelegten Verständnis von Sicherheit repräsentieren die Optionen dann nicht nur den Dienst im Rahmen der Verteidigung sowie in Friedenstruppen (z.B. der UN) und im Rahmen von Abrüstung und Verifikation, sondern vor allem im Umweltschutz, in der Alten-

und Krankenpflege, in nationaler und internationaler Katastrophenhilfe, in der Entwicklungshilfe.

Die Attraktivität des Diskurses über die Idee eines Gesellschaftsdienstes sehe ich u.a. darin, daß damit zwei Probleme gewissermaßen indirekt thematisiert werden können und müssen über die sich im zur Zeit bestehenden Rahmen gesellschaftlich-politischer Diskussion problem- und zukunftsbezogen nur mit Schwierigkeiten sprechen läßt: das Problem der Sinnkrise des klassischen Militärs und das „neuer“ Sicherheitsbedrohungen (Umwelt, Klima, Dritte Welt, Alterspyramide) in der „Risiko-Gesellschaft“ (vgl. Beck 1986), die sich mit den bestehenden gesellschaftlichen Ressourcenverteilungen kaum bewältigen lassen werden. Der notwendige Diskurs über Sinn und Legitimität eines solchen Gesellschaftsdienstes macht es unabdingbar, daß dabei auch generell über die Zukunft unserer Gesellschaft nachgedacht wird.

### **3 Akzeptanz von Gesellschaftsdienstoptionen**

Bei der Befragung der Jugendlichen zur Akzeptanz eines Gesellschaftsdienstes im umrissenen Sinne war als Rahmenbedingung zu beachten, daß hierzu bislang keine öffentliche Diskussion existiert. Positionen von Parteien, Verbänden, Gesellschaften etc., auf die sich die Befragten beziehen könnten, liegen also nicht vor. Was nun die Befragung angeht, ist dies einerseits ein Vorteil, denn die Meinungen dazu werden spontan und eher unvoreingenommen auf dem Hintergrund des allgemeinen soziopolitischen Bewußtseins der Jugendlichen gebildet und geäußert. Andererseits ist aber der Charakter der Frage hypothetisch; dies impliziert das Risiko, daß die Befragten entweder die Antwort verweigern oder quasi zufällig reagieren.

Der direkte Hinweis auf die Wehrpflicht wurde bewußt vermieden und Fragen zur Sicherheitspolitik oder zur Verteidigung erst später gestellt; zum Zeitpunkt der Befragung war die Verkürzung des Wehrdienstes noch nicht beschlossen, und die öffentlichen Diskussionen über die Verkürzung des Zivildienstes, sowie über die Angleichung der Dauer von Wehr- und Zivildienst. hatten noch nicht begonnen.

Um diese Probleme zu reduzieren, wurde der Fragenbereich zum Thema Gesellschaftsdienst mit folgender Formulierung eingeleitet:

„Angenommen, es gäbe in der Bundesrepublik für alle jungen Männer und Frauen die gesetzliche Pflicht zur Leistung eines 15monatigen Gesellschaftsdienstes, d.h. nach der Ausbildung/Schule, so etwa im Alter zwischen 18 und 20 Jahren, müßte jeder Jugendliche seinen Dienst antreten, wobei er/sie zwischen folgenden Aufgabebereichen wählen könnte:

1. Krankenbetreuung
2. Entwicklungshilfe
3. Altenbetreuung
4. Wehrdienst/Verteidigung
5. Behindertenbetreuung
6. Umweltschutz/Beseitigung von Umweltschäden
7. Kinderbetreuung

Ich übergebe Ihnen jetzt den Fragebogen und Sie kreuzen bitte hier unten zu jedem der genannten Dienste- an, ob Sie sich gegebenenfalls für oder gegen diesen Dienst entscheiden würden."

	würde ich machen	würde ich <u>nicht</u> machen
1. Krankenbetreuung .....	( )	( )
2. Entwicklungshilfe .....	( )	( )
.		
.		
. etc.		

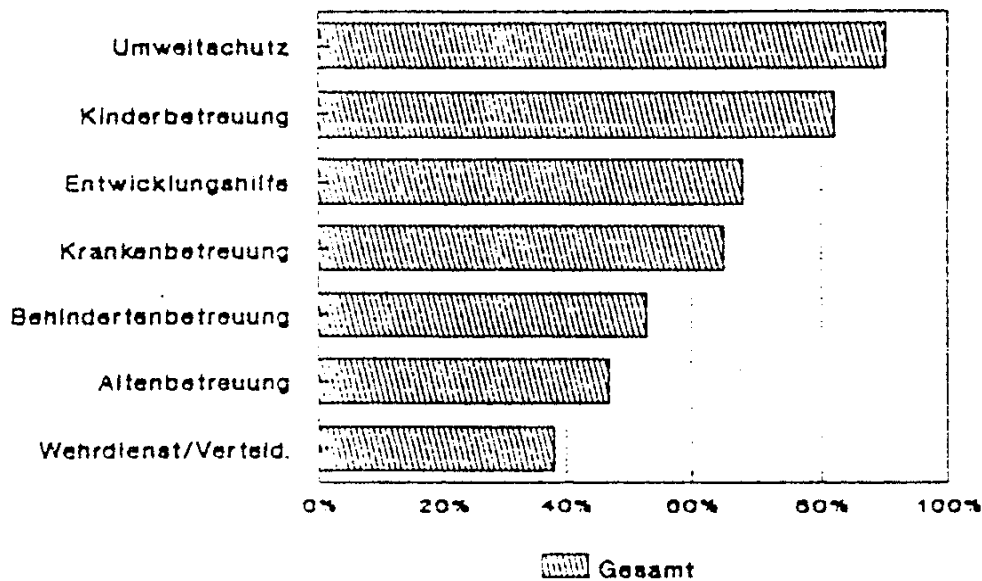
Die Ergebnisse dieser Befragung zeigt Graphik 1. Im Interesse der Übersichtlichkeit sind dort die Optionen nach dem Prozentsatz der Akzeptanz („würde ich machen“) in der Gesamtstichprobe angeordnet. Die Graphik macht deutlich, daß die Arbeit für den Umweltschutz von etwa 90 % der Jugendlichen akzeptiert werden würde. Etwa 80 % aller Jugendlichen akzeptieren die Aufgabe der Kinderbetreuung. Bemerkenswert ist dabei, daß diese Aufgabe, die ja traditionell mit der Rolle der Frau verbunden wird, von jungen Männern nahezu ebenso häufig akzeptiert wird wie von jungen Frauen.

Eine relativ hohe Gesamt-Akzeptanz (67 %) zeigt sich auch für den Dienst in der Entwicklungshilfe. 5 elbst die allgemein wohl von den Jugendlichen als „hart“ eingeschätzten, im traditionellen Sinne sozialen Dienste (Kranken-, Behinderten- und Altenbetreuung) werden insgesamt von der Mehrheit (Krankenbetreuung: 65 %, Behindertenbetreuung: 53 %) bzw. von annähernd der Hälfte der Jugendlichen (Altenbetreuung: 47 %) akzeptiert. Die mit 38 % vergleichsweise geringste Akzeptanz zeigt sich für die Option Wehrdienst/Verteidigung; allerdings wird dieser Dienst von jungen Männern - in Übereinstimmung mit gesellschaftlicher Praxis und Rollenzuweisung - wesentlich häufiger akzeptiert als von jungen Frauen (58 % gegenüber 15 %).

Während sich die erste Frage zum Gesellschaftsdienst allgemein darauf bezieht, welchen Dienst die Jugendlichen überhaupt machen bzw. nicht machen würden, wenn es eine Verpflichtung zur Leistung eines Dienstes dieser Art gäbe -also auf generelle Akzeptanz -, wird in der zweiten explizit die Präferenz für (PRO) bzw. die Ablehnung (CON) eines der sieben Dienste im Kontext der anderen Dienste wie folgt erfragt:

- PRO: Für welchen Gesellschaftsdienst würden Sie sich wohl am ehesten entscheiden können? Bitte nennen Sie mir die zutreffende Nummer dazu!
- CON: Und welchen Dienst würden sie wohl am ehesten ablehnen?

Graphik 1: Akzeptanz der Gesellschaftsdienstoptionen



### Frage:

Jetzt einmal ein anderes Thema: Angenommen, es gäbe in der Bundesrepublik für alle jungen Männer und Frauen die gesetzliche Pflicht zur Leistung eines 15monatigen Gesellschaftsdienstes, d.h. nach der Ausbildung/Schule, so etwa im Alter zwischen 18 und 20 Jahren, müßte jeder Jugendliche seinen Dienst antreten, wobei zwischen folgenden Aufgabenbereichen wählen könnte:

- |                         |   |
|-------------------------|---|
| 1. Krankenbetreuung     | 2. Entwicklungshilfe                          |
| 3. Altenbetreuung       | 4. Wehrdienst/Verteidigung                    |
| 5. Behindertenbetreuung | 6. Umweltschutz/Beseitigung von Umweltschäden |
| 7. Kinderbetreuung      |   |

Ich übergebe Ihnen jetzt den Fragebogen und Sie kreuzen bitte hier unten zu dem der genannten Dienste an, ob Sie sich gegebenenfalls für oder gegen diesen Dienst entscheiden würden. Vorgaben: „würde ich machen“ und „würde ich nicht machen“.

Die Gesellschaftsdienstoptionen wurden nach dem Prozentanteil der Gesamt-Zustimmung („würde ich machen“) angeordnet.

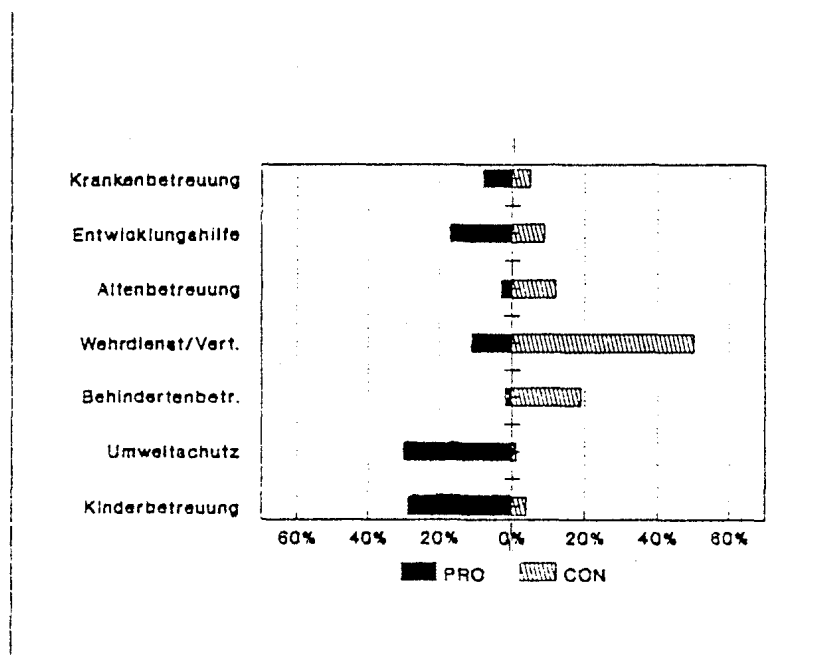
Die Ergebnisse hierzu sind in Graphik 2 zusammengefaßt. Zunächst ist bemerkenswert, daß die Präferenzen (PRO) für die einzelnen Optionen relativ breit streuen, d.h. daß sich die Befragten gegebenenfalls für unterschiedliche Dienste engagieren würden, daß sie deutlich divergierende Präferenzen haben.

Die maximalen Gesamt-Präferenzraten liegen bei 30 (Umweltschutz) bzw. 29 % (Kinderbetreuung), es folgen Entwicklungshilfe (17 %) und Wehrdienst (11 %). Die sozialen Dienste werden nur selten präferiert (Krankenbetreuung: 8 %; Altenbetreuung: 3 %; Behindertenbetreuung: 2 %). Insbesondere die Betreuung von Alten und Behinderten wird - offenbar infolge der antizipierten Belastungen - als wenig erstre-

benswert eingestuft. Symmetrisch dazu ist die Struktur der Ablehnung (CON) der beiden letztgenannten Dienste (Gesamt-Ablehnungsraten 12 % bzw. 19 %). Am häufigsten aber wird die Option Wehrdienst/Verteidigung abgelehnt, nämlich von insgesamt 50 % der Befragten.

Bilanziert man Präferenz und Ablehnung, so zeigt sich, daß die Häufigkeit der Zustimmung zu Umweltschutz und Kinderbetreuung eindeutig die der Ablehnung dieser Dienste überwiegt. Weniger eindeutig, aber noch klar erkennbar, ist das Überwiegen der Präferenz für die Optionen Entwicklungsdienst und Krankenbetreuung. Lediglich bei den Optionen Altenbetreuung und Behindertenbetreuung ist die Ablehnung häufiger als die Präferenz. Klare Dominanz der Ablehnung zeigt sich für die Option Wehrdienst/ Verteidigung. Allerdings muß hier wieder auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede verwiesen werden: während sich etwa 18 % der jungen Männer für den Wehrdienst als die erstrebenswerteste Option eines Gesellschaftsdienstes aussprechen (34 % dagegen), optieren nur 2 % der jungen Frauen für Wehrdienst/Verteidigung, aber 69 % dagegen.

Graphik 2: Präferenz für (PRO) bzw. Ablehnung (CON) der Gesellschaftsdienstoptionen\*



\*Fragen: (PRO): Für welchen Gesellschaftsdienst würden Sie sich wohl am ehesten entscheiden können? Bitte nennen Sie mir die betreffende Nummer dazu!

(CON): Und welchen Dienst würden Sie wohl am ehesten ablehnen?

Sieht man einmal von den schon erwähnten methodischen Problemen ab, so ist ferner zu beachten, daß es sich bei der Frage nach der Präferenz der Optionen eines obligatorischen Gesellschaftsdienstes letztlich um die für viele Jugendliche gewiß recht eigentümlich anmutende Frage handelt, welche auferlegte Pflicht man bevor-



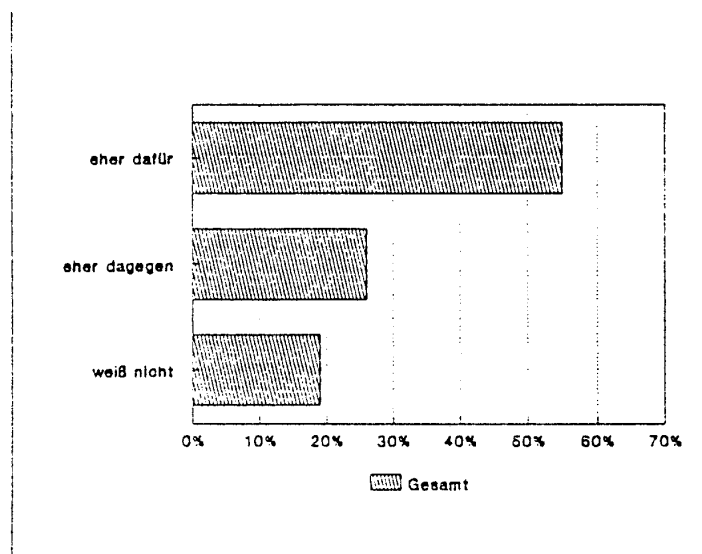
zugen würde: die Antworten auf diese Frage sind daher weniger aufschlußreich und realistisch, als die Antworten auf die Frage danach, für welche Option man sich nicht entscheiden würde. So gesehen, sind die in den Graphiken 1 und 2 wiedergegebenen Antworten der Jugendlichen im Sinne sozialer und gesellschaftlicher Engagementbereitschaft insgesamt positiv zu werten. Explizit abgelehnt werden nämlich die sozialen Dienste nur von einer Minderheit der Jugendlichen, aber auch für die mehrheitlich abgelehnten Dienste erklären sich Jugendliche bereit.

Nachdem die Jugendlichen die beschriebenen Fragen zum Gesellschaftsdienst bearbeitet hatten, wurde abschließend noch einmal pauschal die Position zum Gesellschaftsdienst mit folgender Frage erhoben:

„Was halten Sie denn überhaupt von der Idee eines solchen Gesellschaftsdienstes? Wären Sie eher dafür - oder eher dagegen?“

Die in Graphik 3 veranschaulichten Ergebnisse bestätigen die insgesamt hohe Engagementbereitschaft der Jugendlichen. Die Gesamtakzeptanz beträgt 55 %; 26 % wären eher gegen einen solchen Dienst, 19 % können oder wollen sich weder dafür, noch dagegen aussprechen.

Graphik 3: Generelle Akzeptanz des Gesellschaftsdienstes



\*Frage: Was halten Sie denn überhaupt von der Idee eines solchen Gesellschaftsdienstes? Wären Sie eher dafür - oder eher dagegen? (Diese Frage wurde als letzte zum Themenbereich Gesellschaftsdienst gestellt)

#### 4 Politische Paradigmen und Akzeptanz von Gesellschaftsdienst

Bisher wurde die Frage der Akzeptanz von Gesellschaftsdienstoptionen insofern pauschal behandelt, als von „der Jugend“ die Rede war, ganz so, als handele es sich um eine in sich homogene Gesamtheit. Implizit wurde also davon ausgegangen, daß es im Hinblick auf die Fragestellung sinnvoll sei, von "der Jugend" als einem nicht weiter differenzierungsbedürftigen Aggregat auszugehen.

Diese in der Meinungsforschung durchaus übliche und zur Grobbeschreibung akzeptable Perspektive hat aber den Nachteil, daß sie analytisch zu stark verkürzt ist. Denn die Sichtweisen über das, was Sicherheit heute bedeutet bzw. gefährdet, unterscheiden sich beträchtlich, je nach Erfahrungshintergrund, Interpretationen der eigenen Existenz und der sozialen Realität; sie sind abhängig von den Ziel- und Wertvorstellungen der Jugendlichen.

Nach unserem theoretischen Verständnis<sup>2)</sup> und den Ergebnissen von eigenen wie auch anderen empirischen Arbeiten aus dem letzten Jahrzehnt, repräsentieren politische Paradigmen den politischen und soziokulturellen Bezugsrahmen u.a. für die individuelle wie auch für die gesellschaftliche Entstehung und Modifikation von Auffassungen über Sicherheit und Gefährdungen/Bedrohungen von Sicherheit.

Diese Paradigmen verändern sich in unserer Gesellschaft: neue gesellschaftliche, soziale und politische Prioritäten werden wahrgenommen bzw. formuliert, alte Sachverhalte und Zusammenhänge werden neu interpretiert. Wesentliche Folge eines solchen Paradigmenwechsels ist u.a. die Veränderung des Sicherheitsbegriffs: Wenn man verstehen will, warum sich Jugendliche, die gewöhnlich rascher und aus existenziellen Gründen sensibler als die älteren Bevölkerungsschichten auf neue Problemlagen reagieren (vgl. dazu Kohr und Räder 1983, 1985), für bzw. gegen etwas engagieren würden, in welchen gesellschaftlich verordneten oder angebotenen Aufgaben, Diensten oder Pflichten sie einen Sinn erkennen, so ist u.a. zu berücksichtigen, an welchen gesellschaftlich-politischen Paradigmen sie sich orientieren, welche Auffassungen von den allgemeinen Problemen und Aufgaben der Gesellschaft sie für zutreffend ansehen (vgl. dazu Kohr und Räder 1989, 1990).

#### 4.1 Zum Konzept des gesellschaftlich-politischen Paradigmenwechsels

Seit Anfang der 80er Jahre verfolgen wir anhand von Meinungsbefragungen, die im Auftrag des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr (SOWI) bzw. des BMVg durchgeführt werden, den Prozeß, den Joachim RASCHKE (1980 a,b) als „politischen Paradigmenwechsel“ beschrieben hat. Ein politisches Paradigma<sup>3)</sup> ist nach Raschke " ... die in einem System vorherrschende allgemeinste Sichtweise dessen, was primär als Gegenstand und Aufgabe von Politik gilt" (1980a, S. 285). Raschke interpretiert den sozio-politischen Wertewandel auf dem Hintergrund eines Wechsels politischer Paradigmen: das herkömmliche, dominante Bezugs- und Interpretationssystem von Politik, das er Verteilungsparadigma nennt, konfiguriert mit einem neu entstandenen, sich zunehmend etablierenden politischen Paradigma, das Raschke als Lebensweiseparadigma bezeichnet.

Zentrales Element des Verteilungsparadigmas ist ökonomisches Wachstum. Die Förderung technisch-wissenschaftlicher Innovationen, die Schaffung von Märkten etc. sind dafür unabdingbare Voraussetzungen. Wachstum wird innerhalb dieses Paradigmas als prinzipiell unbegrenzt begriffen. Es kann durch staatliche Aktivitäten verstetigt werden, ist der entscheidende Faktor zur Lösung von wichtigen gesellschaftlichen Problemen (wie z.B. Arbeitslosigkeit, Armut) und die Bedingung für Reformen.

Der soziale Frieden und die Legitimität des politischen Systems sind an die alle gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigende Verteilung des Wachstums gebunden.

Orientierungsprinzip gerechter Verteilung ist dabei die Leistung. Zur Sicherung des Wachstums ist letztlich ein ökonomischer, technischer und politischer Zentralismus effizienter als eine Dezentralisierung (vgl. Raschke, 1980b, S. 28).

Als konkurrierendes Paradigma zum (noch) dominanten der Verteilung des Wachstums hat sich das der Lebensweise entwickelt. Kennzeichnend dafür sei, so Raschke, die Abwendung von Systembezügen und die Rückbesinnung auf das Individuum, die Bindung der Politik an menschliche Bedürfnisse: „Alle Herausforderungen führen letztlich zu der Frage: wie will und wie kann der Mensch in Zukunft leben?“ (1980b, S. 30).

Ausgangspunkt und Ziel politischen Handelns stellt innerhalb dieses Paradigmas die Lebensweise des Menschen dar, definiert in bezug auf Gesellschaft und/oder Natur. Bestehende Strukturen und Veränderungen werden danach befragt, was sie für den Menschen unmittelbar bedeuten. Materielles Wachstum wird im Lebensweiseparadigma als begrenzt angesehen. Technische, wissenschaftliche und ökonomische Prozesse sind nach den Kriterien humaner Bedürfnisse bzw. einer ökologisch orientierten Lebensweise zu beurteilen. Dezentralisierung wird angezielt (vgl. Raschke 1980b, S. 31).

Bei der Operationalisierung der Paradigmenpräferenz in der vorliegenden Form (siehe Kohr und Räder 1986, 1990) haben wir Erkenntnisse aus einer Interview-Studie berücksichtigt und die Formulierung der Paradigmen (V: Verteilungsparadigma; L: Lebensweiseparadigma) in je drei Einzelaussagen aufgelöst; die detaillierte Beschreibung des Instruments findet sich bei Kohr und Räder 1990.

Im Prinzip wird die Präferenz danach bestimmt, ob ein Befragter häufiger je drei typischen Aussagen zustimmt, die die Kernelemente des Paradigmas der Verteilung bzw. der Lebensweise umreißen. Läßt sich keine Präferenz feststellen, so wird der Befragte, der ja beide Paradigmen attraktiv findet, als transitorisch (T) eingeordnet. Es handelt sich dabei also um Befragte, die sozusagen das Beste aus beiden Strukturen kombinieren möchten und den Interpretationskonflikt nicht wahrnehmen können oder wollen.

Dieser Reaktionstyp tritt in unserer Untersuchung am häufigsten auf (51 %), gefolgt von der Präferenz für das Lebensweiseparadigma (35 %) und der Präferenz für das Verteilungsparadigma (14 %).

Insgesamt gesehen, bestätigen die Strukturen der Ergebnisse unserer 1981, 1984 und 1986 durchgeführten Befragungen Raschkes Konzept des Paradigmenwechsels (vgl. dazu Kohr und Räder 1986):

- sie verweisen darauf, daß das Lebensweiseparadigma zunehmend an Bedeutung erwinnt und das der Verteilung, längerfristig gesehen, ablösen könne. Zur Zeit werden jedoch vor allem die positiven Aspekte beider Paradigmen in der Bevölkerung präferiert,
- die Orientierung am neuen Paradigma ist besonders deutlich bei Jugendlichen/jungen Erwachsenen mit hoher formaler Bildung ausgeprägt (junge Frauen tendieren stärker zur Lebensweiseorientierung als junge Männer).

Unsere Untersuchungen haben ferner gezeigt, daß trotz unterschiedlicher theoretischer Fundierung und der Verwendung anderer Indikatoren ein relativ enger Zusammenhang zwischen den von Raschke beschriebenen Paradigmen und jenen Phänomenen und Orientierungsmustern besteht, die Ronald Inglehart als „Materialismus“ und „Postmaterialismus“ bezeichnet.

#### 4.2 Paradigmenwechsel, soziale und politische sowie sicherheitspolitische Orientierungsmuster

Aus unseren seit 1981 durchgeführten Untersuchungen geht hervor, daß ein klarer Zusammenhang zwischen den beiden Paradigmen, allgemeinen sozio-politischen Orientierungen/Wertorientierungen und sicherheitspolitischen Orientierungen in der Bundesrepublik besteht.

Neuerdings konnten wir ähnliche Zusammenhänge auch für Frankreich zeigen (vgl. Kohr und Räder 1990). Eine Studie, die wir z.Z. zusammen mit italienischen Kollegen<sup>4</sup>) durchführen, bestätigt ebenfalls die Ergebnisstrukturen, die wir im Schema 1 zusammengefaßt haben. Insgesamt ist für die Bundesrepublik festzustellen, daß sich in den letzten zehn Jahren die Perspektiven des neuen Paradigmas, vor allem hinsichtlich ökologischer Sicherheit und der Friedenssicherung durch Abrüstung, Dialog und Verhandlung, in weiten Teilen der jungen Bevölkerung etabliert haben und zwar relativ unabhängig von der parteipolitischen Präferenz.

Vor diesem Hintergrund ist die Legitimation des Wehrdienstes zunehmend schwieriger geworden. Hinzu kommt, daß dessen traditionelle Begründung, die Bedrohung aus dem Osten, vor allem den jüngeren Bevölkerungsteilen nicht mehr plausibel erscheint.

Schema 1: Paradigmatische Orientierungsmuster: Verteilungsorientierung „tradiert“; sozial-marktwirtschaftlich) und Lebensweiseorientierung „innovativ“; sozialökologisch)

<b>Teil A. SOZIAL UND POLITISCH 1)</b>	
Tradiertes Orientierungsmuster („Verteilung“)	Innovatives Orientierungsmuster („Lebensweise“)
<p>Betonung von ökonomischer und physischer Sicherheit:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- wirtschaftliches Wachstum; Erwirtschaftung von Gewinnen; Öffentliche Ordnung;</li> <li>- typische programmatisch-rhetorische Begriffe: Ordnung; Autorität; persönliche Leistung; individuelle Freiheit; Pflichten</li> </ul>	<p>Betonung von Ökologischer und sozialer Sicherheit:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Beseitigung ökologischer Gefahren und Probleme; weniger unpersönliche Gesellschaft; eventueller Verzicht auf Wachstum/Profit zugunsten ökologischer Sicherheit;</li> <li>- typische programmatisch-rhetorische Begriffe. Emanzipation; Selbstverwirklichung; Basis-Demokratie; Gleichheit; Solidarität; Lebensqualität;</li> </ul>
<b>Teil B. MILITÄRISCHE SICHERHEIT UND STREITKRÄFTE<sup>1)</sup></b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Streitkräfte werden als Selbstverständliche Institution des Staates angesehen</li> <li>- militärische Bedrohung durch den Osten wird als gering eingestuft, ist aber nicht zu vernachlässigen;</li> <li>- militärisches Gleichgewicht wird als beste Voraussetzung für langfristige Friedenssicherung gesehen;</li> <li>- moderne Bewaffnung gilt als wünschenswert; einseitige Abrüstung gilt als nicht akzeptabel;</li> <li>- Nuklearwaffen werden als „notwendiges Übel“ begriffen; ihr Einsatz gilt als äußerst problematisch;</li> <li>- Wehrdienst: Indifferenz oder Akzeptanz, aber ohne hohe Motivation; öfter Verweis auf die ökonomische Benachteiligung durch dessen Ableistung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Position zu den Streitkräften ist eher ambivalent bis ablehnend, sie werden kritisch betrachtet;</li> <li>- geringe oder keine militärische Bedrohung wird wahrgenommen; als bedrohlich gelten die in Ost und West vorhandenen nuklearen Overkill-Kapazitäten</li> <li>- bei der langfristigen Friedenssicherung ist die militärische Stärke von sekundärer Bedeutung; Friedenssicherung gilt eher als politisches und soziokulturelles Problem;</li> <li>- Abrüstung wird generell befürwortet; einseitige Abrüstung gilt als möglicher Weg;</li> <li>- Abschaffung aller Nuklearwaffen wird gefordert; ihr Einsatz ist keinesfalls tolerabel;</li> <li>- Wehrdienst: Indifferenz oder Ablehnung; Kriegsdienstverweigerung gilt als akzeptabel und wird häufiger präferiert;</li> </ul>

1) Vereinfachte, aus empirischen Befragungen und Datenanalysen abgeleitete Muster.

### 4.3 Paradigmenpräferenz und Akzeptanz von Gesellschaftsdienstoptionen

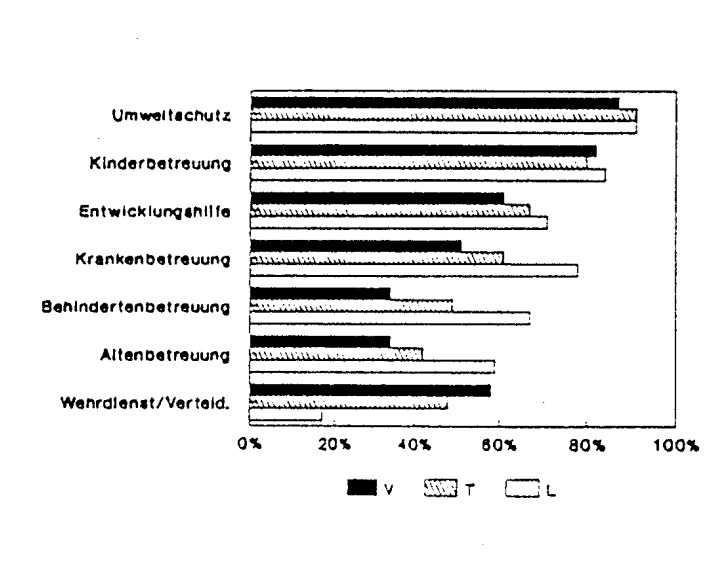
Die Ergebnisse zur Frage des Zusammenhangs von Paradigmenpräferenz und Akzeptanz/Ablehnung der oben bereits beschriebenen Optionen zeigen die folgenden Graphiken. Da die Fragen und Instrumente bereits ausführlich im Abschnitt 2 beschrieben wurden, kann auf Einzelheiten hierzu im folgenden verzichtet werden.

Graphik 4 gibt den Zusammenhang von Paradigmenpräferenz und Akzeptanz einzelner Optionen wieder. Im Interesse der Übersichtlichkeit sind dort die Optionen nach dem Prozentsatz der Akzeptanz („würde ich machen“) in der Gesamtstichprobe (vgl. Graphik 1) angeordnet.

Die Graphik macht deutlich, daß die Arbeit für den Umweltschutz von etwa 90 % der Jugendlichen akzeptiert würde, und zwar unabhängig von der politisch-paradigmatischen Orientierung der Jugendlichen. Gleiches gilt für die Aufgabe der Kinderbetreuung. Auch hier akzeptieren etwa 80 % aller Jugendlichen, ohne Unterschied der drei Paradigmenpräferenz-Gruppen. Bemerkenswert ist ferner, daß diese Aufgabe, die ja traditionell mit der Rolle der Frau verbunden wird, von jungen Frauen und jungen Männern nahezu gleich häufig akzeptiert wird 5) .

Unterschiede zwischen den nach Paradigmenpräferenz gebildeten Gruppen zeigen sich dann in der Akzeptanz der weiteren fünf Optionen. Dabei treten erwartungsgemäß die stärksten Akzeptanzunterschiede stets zwischen den Jugendlichen mit Verteilungsorientierung (V) und denen mit Lebensweiseorientierung (L) auf; etwa in der Mitte zwischen beiden Gruppen (meist aber näher zu V als zu L) liegt die Akzeptanz in der Gruppe transitorisch Orientierter (T), die beide Paradigmen attraktiv findet. Da sich einerseits dieser Befund bereits in anderen Untersuchungen immer wieder gezeigt hat, und da andererseits die beiden Gruppen mit den paradigmatischen Präferenzen von primärem Interesse sind, wird im folgenden nur noch auf die Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen Bezug genommen.

Graphik 4: Paradigmenpräferenz und Akzeptanz der Gesellschaftsdienstoptionen\*



- \* Die Gesellschaftsdienstoptionen wurden nach dem Prozentanteil der Gesamt-Zustimmung („würde ich machen“) angeordnet.

Im Vergleich zu den Verteilungsorientierten ist die Akzeptanz der Dienste Entwicklungshilfe, Krankenbetreuung, Behindertenbetreuung und Altenbetreuung seitens der Lebensweiseorientierten erheblich höher. Bei den drei letztgenannten, im engeren Sinne sozialen Diensten, die wohl von allen Befragten als relativ „hart“ eingeschätzt wurden, sind diese Unterschiede besonders prägnant.

Diese Ergebnisse verweisen darauf, daß das soziale und gesellschaftliche Engagement bzw. die Engagementbereitschaft bei Lebensweiseorientierten stärker als bei Verteilungsorientierten ausgeprägt ist. Bei anderen Indikatoren (z.B. Gesellschaftsbezug des einzelnen, soziales Engagement), über die hier nicht ausführlich berichtet werden kann, bestätigten sich diese Ergebnisse.

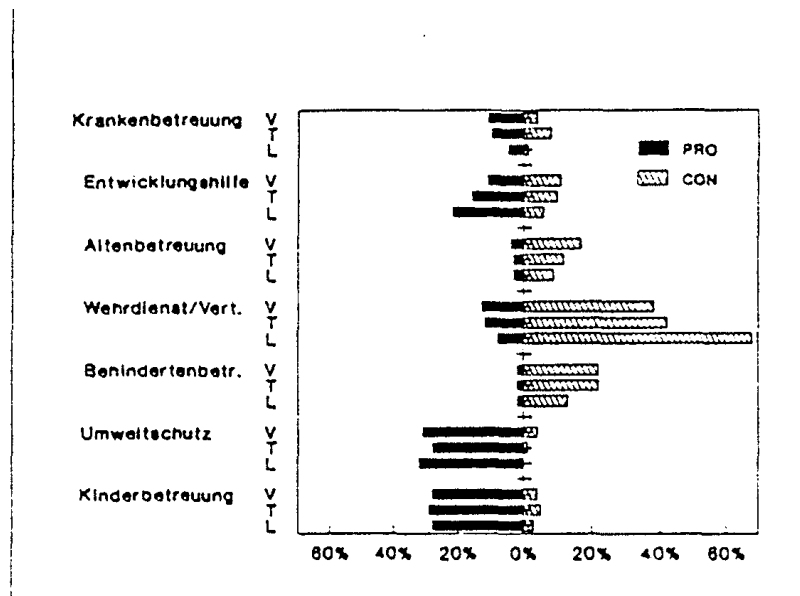
Die mit 38 % relativ geringste Gesamt-Akzeptanz ergab die Untersuchung für Wehrdienst/Verteidigung. Zwischen den Anhängern der beiden paradigmatischen Orientierungen finden sich hier auch die stärksten Akzeptanzunterschiede: während annähernd 60 % der traditionell sozial-marktwirtschaftlich Orientierten (V) den Wehrdienst als Option akzeptieren würden, würden den Wehrdienst nur weniger als 20 % der sozial-ökologisch Orientierten (L) leisten. Der Wehrdienst wird offenbar von dieser Gruppe als besonders problematisch erlebt. Dies zeigt sich auch in anderen Indikatoren (siehe auch Graphik 5), vor allem aber in der positiveren Einschätzung von Wehrdienstverweigerern.

Während sich die erste Frage zum Gesellschaftsdienst allgemein darauf bezieht, welchen Dienst die Jugendlichen überhaupt machen bzw. nicht machen würden, wenn es eine Verpflichtung zur Leistung eines Dienstes dieser Art gäbe (generelle Akzeptanz), wird in der zweiten explizit die Präferenz für (PRO) bzw. die Ablehnung (CON) eines der sieben Dienste wie folgt erfragt:

- PRO: Für welchen Gesellschaftsdienst würden Sie sich wohl am ehesten entscheiden können? Bitte nennen Sie mir die zutreffende Nummer dazu!
- CON: Und welchen Dienst würden sie wohl am ehesten ablehnen?

Die Ergebnisse hierzu faßt Graphik 5 zusammen.

Graphik 5: Paradigmenpräferenz und Präferenz für (PRO) bzw. Ablehnung (CON) der Gesellschaftsdienstoptionen



Differenziert man nach, den Paradigmenpräferenzen, so ist folgendes festzustellen:

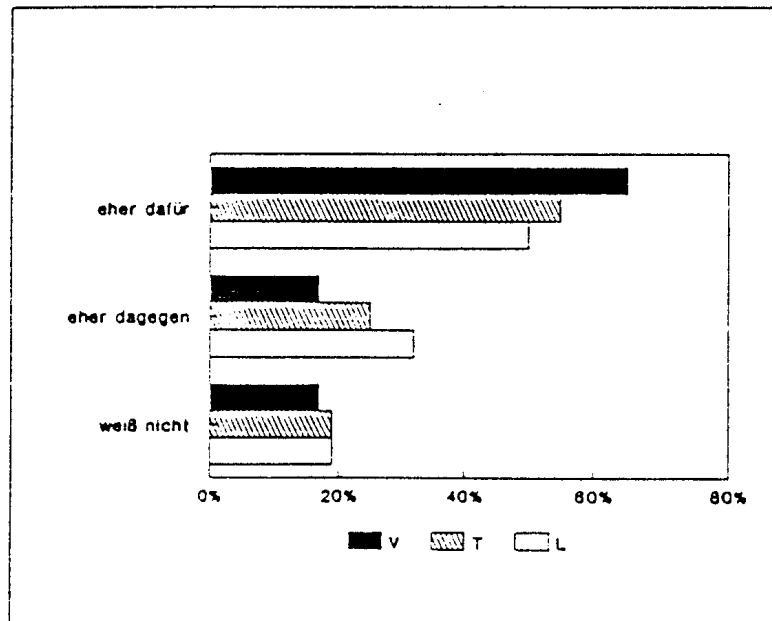
- die Präferenzunterschiede zwischen Verteilungs- und Lebensweiseorientierten sind lediglich für die Optionen Entwicklungshilfe und Wehrdienst markant. Die erste Option bevorzugen Lebensweise-, die zweite Verteilungsorientierte stärker;
- deutlicher zeigen sich die Unterschiede zwischen den Gruppen V und L in der Ablehnung der Optionen. Hier stimmen die Ergebnisstrukturen spiegelbildlich mit denen überein, die Graphik 4 bereits aufgezeigt: kaum Unterschiede finden sich für die maximal präferierten und minimal abgelehnten Optionen Umweltschutz und Kinderbetreuung. Entwicklungshilfe, Altenbetreuung, Krankenbetreuung und Behindertenbetreuung werden dagegen von den Lebensweiseorientierten weniger häufig abgelehnt. Der massivste Unterschied besteht wiederum in der Position zum Wehrdienst: mehr als zwei Drittel der Lebensweiseorientierten lehnen diese Option ab.

Nachdem die Jugendlichen die beschriebenen Fragen zum Gesellschaftsdienst bearbeitet hatten, wurde abschließend noch einmal pauschal die Position zum Gesellschaftsdienst mit folgender Frage erhoben: Was halten Sie denn überhaupt von der Idee eines solchen Gesellschaftsdienstes? Wären Sie eher dafür - oder eher dagegen?

Die in Graphik 6 veranschaulichten Ergebnisse bestätigen die - wie Graphik 3 schon zeigte - insgesamt hohe Engagementbereitschaft der Jugendlichen: die Gesamtakzeptanz beträgt nämlich 55 %, nur 26 % wären eher gegen einen solchen Dienst, 19 % können oder wollen sich weder dafür, noch dagegen aussprechen.

Graphik 6: Paradigmenpräferenz und generelle Akzeptanz eines Gesellschaftsdienstes





Differenziert man nun nach der paradigmatischen Orientierung der Befragten, so zeigt sich die häufigste Zustimmung (65 %) und seltenste Ablehnung (17 %) bei den Verteilungsorientierten. Die Zustimmungsrates ist zwar mit 50 % relativ am niedrigsten bei den Lebensweiseorientierten (32 % Ablehnung), aber auch dieser Wert ist Ausdruck einer grundsätzlich hohen Bereitschaft zum Dienst für die Gesellschaft.

Auf den ersten Blick mögen diese Ergebnisse insofern inkonsistent erscheinen, als die Engagementbereitschaft für die sozialen Dienste bei den Lebensweiseorientierten zwar am höchsten war, sich aber die Jugendlichen mit Präferenz für das sozial-ökologische Paradigma weniger häufig für das Konzept eines Gesellschaftsdienstes aussprechen als die Jugendlichen, die das traditionelle sozial-marktwirtschaftliche Paradigma präferieren.

Zur Begründung für diesen scheinbaren Widerspruch sind folgende Argumente wesentlich:

- Lebensweiseorientierte sind eher gegen die Definitionsansprüche von Staat und Gesellschaft, tendieren stärker zur Opposition gegen die Einschränkungen individueller Rechte und Freiheiten. Eine Dienstpflicht würde aber solche Einschränkungen bedeuten (siehe dazu vor allem Schema 1, Teil A);
- die Option Wehrdienst/Verteidigung ist für Lebensweiseorientierte mit Abstand am wenigsten akzeptabel. Diese Option ist jedoch Bestandteil der in der Frage nach der Akzeptanz des Gesellschaftsdienstes umrissenen Konzeption. Aus der Perspektive dieses Paradigmas begründen sich somit auch inhaltlich akzeptable

Optionen letztlich nicht durch Freiwilligkeit und Zustimmung, sondern aus der Verweigerung einer nicht akzeptierten Pflicht.

Vor diesem Hintergrund ist es eher erstaunlich, daß dennoch 50 % der Lebensweiserorientierten dem Konzept zustimmen und nur etwa ein Drittel einen Gesellschaftsdienst der skizzierten Art explizit ablehnen.

## 5 Nachwort

Es ist wahrscheinlich, daß die anstehenden Wiener Verhandlungen und der KSZE-Prozeß unter anderem zu einer drastischen Verringerung der Personenstärke der gesamtdeutschen Streitkräfte führen werden. Es wird sich daher verschärfen die Frage stellen, ob die generelle Wehrpflicht in der bestehenden Form beibehalten werden soll bzw. kann, und es ist absehbar, daß tiefgreifende Veränderungen unumgänglich sein werden.

Wenn die Wehrpflicht aufgehoben werden sollte, entstünde für die Gesellschaft aber insofern ein Problem, als damit auch der zivile Ersatzdienst seine legale Basis verlieren würde. Da jedoch zahlreiche karitative und soziale Einrichtungen auf Zivildienstleistende angewiesen sind, wäre die soziale Versorgung vor allem von Alten, Kranken und Behinderten gefährdet.

Mit den Einsparungen, die sich aus der Reduzierung der Militärausgaben ergäben, ließen sich diese Dienste eventuell organisieren. Dann dominierte allerdings das marktwirtschaftlich-kommerzielle Steuerungsprinzip auch primär in einem Bereich, in dem letztlich nur Solidarität und soziales Engagement eine humane Zukunft sichern helfen. Besser wäre es, wenn im Diskurs ein neuer gesellschaftlicher Konsens gesucht würde, der einen Gesellschaftsdienst so gestaltet, daß er den neuen, primär sozialen und ökologischen Sicherheitsbedrohungen entspricht.

Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wertewandels und des politischen wie sicherheitspolitischen Paradigmenwechsels ist es plausibel, daß die Idee eines optionalen Gesellschaftsdienstes dem Bewußtsein, den demokratischen und soziomoralischen Idealvorstellungen der jetzigen Generation eher entspricht und als sinnvoll anerkannt wird, vor allem dann, wenn damit für die Jugendlichen soziale und berufsbezogene Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten verbunden sind. Und schließlich könnte der optionale Dienst bei entsprechender Gestaltung auch dazu beitragen, daß soziales und demokratisches Engagement von Jugendlichen, die den Sinn und die Möglichkeiten ihrer Einflußnahme heute skeptisch einschätzen<sup>6)</sup> als sinnvoll erlebt wird, daß Entfremdungszustände abnehmen, daß die Identifikation des einzelnen mit der Gesellschaft und deren Problemen zunimmt, und daß die Bereitschaft und die Kompetenz zur aktiven Mitarbeit an der Gestaltung der Gesellschaft wächst.

Die oben vorgestellten empirischen Ergebnisse sprechen dafür, daß ein Gesellschaftsdienst, der ähnliche Wahlmöglichkeiten enthält, wie sie in der Befragung vorgegeben wurden, Jugendlichen akzeptabel und sinnvoll erscheinen könnte. Dies dürfte vor allem dann der Fall sein, wenn die Möglichkeit gegeben wäre, sich für einen solchen Dienst freiwillig zu entscheiden.

In der Befragung wurde der Gesellschaftsdienst selbst als obligatorisch eingeführt: die Wahlmöglichkeiten bezogen sich nur auf den Inhalt des Dienstes. Selbst dieser gewiß nicht sonderlich attraktiven Formulierung der Konzeption eines Gesellschaftsdienstes haben aber mehr als die Hälfte der Jugendlichen prinzipiell zugestimmt. Wenn hier auch sicherlich die Ergebnisse der Hauptuntersuchung abgewartet werden müssen, um fundiertere und präzisere Aussagen (beispielsweise über die unterschiedlichen Perspektiven von Frauen und Männern; von ehemaligen DDR- und BRD-Bürgern) treffen zu können, verweisen die Ergebnisse doch -eindeutig auf eine sehr große generelle Engagementbereitschaft von jungen Frauen und Männern.

Voraussetzung für die Akzeptanz eines Gesellschaftsdienstes und dessen Einschätzung als legitim, würde allerdings -wie die jetzt vorliegenden Ergebnisse klar zeigen - zumindest die Möglichkeit zur freien Wahl des Dienstes sein müssen.

## Anmerkungen

- 1) Die Feldarbeit erfolgte im Februar 1990. Es handelt sich bei der Stichprobe um 337 echte Panel-Fälle einer N = 1000 Fälle umfassenden, repräsentativen Stichprobe, die im Oktober 1989 gezogen wurde; 400 nach Zufall ausgewählte Fälle dieser Stichprobe sollten im Februar 1990 erneut befragt werden, nach Kontrollen verblieben 337 Fälle für die Auswertung.
- 2) Die empirischen Arbeiten zum Themenbereich Sicherheit und Wertewandel, die wir seit etwa 1980 durchgeführt haben, beziehen sich vor allem auf die theoretischen Arbeiten zur individuellen Entwicklung von sozio-politischem Bewußtsein und sozio-moralischem Urteilen (Lawrence Kohlberg), auf das Konzept des politischen Paradigmenwechsels (Joachim Raschke) und - wenn auch in kritischer Distanz - auf die Arbeiten von Ronald Inglehart zum Wertewandel (vgl. dazu Kohr und Räder 1983, 1985b und 1986).
- 3) Dieser Paradigmenbegriff weicht deutlich von dem durch Thomas Kuhn geprägten ab (vgl. dazu Kohr und Räder 1986)
- 4) Marina Nuciari , Guido Sertorio; Universität Turin; die italienischen Kollegen haben bereits einen Teil der Befragungen 1989 abgeschlossen (Region Turin), eine weitere Befragung (Region Rom) soll demnächst zum Abschluß gebracht werden. Es wurde ein Fragebogen erarbeitet, der weitgehend auf der Übersetzung der von uns entwickelten Instrumente basiert (vgl. dazu auch Kohr und Räder 1985a).
- 5) Die Stichprobe erlaubt über die Unterteilung nach Paradigmenpräferenz hinaus keine weiteren Unterteilungen, z.B. nach dem Geschlecht, denn die Gruppen wären bei einem Gesamt-Stichprobenumfang von N = 337 zur sinnvollen Auswertung und Gegenüberstellung von Ergebnissen zu klein.
- 6) Entfremdungstendenzen der Jugendlichen gegenüber Politik und Parlament waren auch zentraler Gegenstand eines Sachverständigengesprächs ("Parlament, Werkstatt der Politik - Eine Chance für die Jugend"), an dem ich auf Einladung der Präsidentin des Deutschen Bundestags, Frau Dr. Süßmuth, im April 1990 teilgenommen habe.

## Literatur

- Ulrich Beck 1986, Risiko-Gesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Lucian Kern 1989, Bedrohungswahrnehmungen, Akzeptanz militärischer Verteidigung und Veränderungen von Grundorientierungen bei Jugendlichen. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Arbeitspapier Nr. 23
- Heinz-Ulrich Kohr und Hans-Georg Räder 1983, Jugend als Reproduktion von Gesellschaft - Problematisierung, Thesen und empirische Befunde. In Heinz-Ulrich Kohr, Rainer Krieger und Hans-Georg Räder (Hrsg.), Reproduktion von Gesellschaft. Weinheim und Basel: Beltz, S. 14-46
- Heinz-Ulrich Kohr und Hans-Georg Räder 1985a, Apprendimento generazionale ed opinioni sulla sicurezza nazionale. Paradigmi della minaccia militare e orientamenti socio-politici tra i giovani della Germania Ovest. Forze Armate e Società, Rivista Interdisciplinare, Heft 1, S. 166-237
- Heinz-Ulrich Kohr und Hans-Georg Räder 1985b, Jugend und gesellschaftliche Rationalität. In Jugendliche und Erwachsene '85, Band 1 (Biografien, Orientierungsmuster, Perspektiven), herausgegeben vom Jugendwerk der Deutschen Shell. Opladen: Leske+Budrich, S. 305-331
- Heinz-Ulrich Kohr und Hans-Georg Räder 1986, Politische Paradigmen als handlungsleitende Konzepte. Arbeitskreis Politische Urteilsstrukturen und politisches Handeln, 35. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Heidelberg 1986 (Manuskriptdruck)
- Heinz-Ulrich Kohr und Hans-Georg Räder 1989, Die Tabelle lebt. Meinungsforschung auf der Suche - Werte und Jugend. Beiheft 3/1989 der Information für die Truppe zum Thema Wertewandel, herausgegeben vom Bundesminister der Verteidigung, S. 113-118
- Heinz-Ulrich Kohr und Hans-Georg Räder 1990, Politischer Paradigmenwechsel und sicherheitspolitische Orientierungen in der Bundesrepublik und in Frankreich. In Bericht Nr. 51, München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, S. 67-137
- Jürgen Kuhlmann 1989, National Service Policy and Programs. The Case of West Germany. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Manuskriptdruck)
- Jürgen Kuhlmann 1990, West Germany: The Right Not to Bear Arms. In Donald Eberly und Michael Sherraden (Hrsg.), The Moral Equivalent of War? A Study of Non-Military Service in Nine Nations. New York, Westpoint, London: Greenwood Press, S. 127-150
- Ekkehard Lippert 1990, Hoffentlich versichert. Über Wandlungen im Bedrohungsempfinden und Sicherheitsverständnis. In Wolfgang R. Vogt (Hrsg.), Mut zum

- Frieden. Über die Möglichkeiten einer Friedensentwicklung für das Jahr 2000. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgemeinschaft, S. 305-317
- Charles C. Moskos 1988, A Call to Civic Service. National Service for Country and Community. New York: The Free Press
- Hans-Georg Räder 1990, Entwicklungsformen der Sicherheitsverhältnisse. Zum Begriff „Sicherheit“ in expansiven und reflexiven Industriegesellschaften. Arbeitspapier zur Podiumsdiskussion „Sicherheit durch Kommunikation?“, 37. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Kiel, 23.-27. September 1990
- Joachim Raschke 1980a, Politischer Paradigmenwechsel in den westlichen Demokratien. In Thomas Ellwein (Hrsg.), Politikfeldanalysen 1979, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 284-299
- Joachim Raschke 1980b, Politik und Wertewandel in den westlichen Demokratien. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/80, S.23-45
- Ulrich Sarcinelli 1989, Müssen wir uns in Zukunft anders streiten? Der Wertewandel fordert eine neue politische Streitkultur. Im Beiheft 3/89 der Information für die Truppe zum Thema Wertewandel, herausgegeben vom Bundesminister der Verteidigung, S. 99-111